



## Antrag

der Fraktion der SPD

### **Schnelle Hilfe für Geflüchtete an den EU-Außengrenzen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich mit Nachdruck für ein Ende der katastrophalen Zustände in den Flüchtlingslagern an den EU-Außengrenzen einzusetzen.

Dazu gehört unter anderem

- eine Ausweitung der humanitären Hilfe in den Lagern vor Ort und insbesondere für die Geflüchteten aus den ehemaligen Lagern Moria in Griechenland und Lipa in Bosnien-Herzegowina,
- gegenüber dem Bund die Möglichkeit einzufordern, dass Kommunen, die sich dazu bereit erklären, zusätzlich Menschen in Not aufnehmen dürfen,
- eine unverzügliche und unbürokratische Unterstützung von Kommunen, die zur Aufnahme von Geflüchteten bereit sind, auch mit Mitteln aus europäischen Finanzierungsinstrumenten,
- die sofortige Beendigung der Push-Backs und eine Überprüfung sowie stärkere Kontrolle der Umsetzung des Mandats der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache Frontex.

Begründung:

Seit der Beratung und Beschlussfassung im Schleswig-Holsteinischen Landtag „Humanität geht vor – Hilfe für die Flüchtlinge aus Moria jetzt“ am 23.09.2020 hat sich die Lage an den EU-Außengrenzen weiter dramatisch verschlechtert. Nicht nur in den griechischen Lagern herrschen zum großen Teil menschenwürdige Zustände. Seit Wochen gibt es keine winterfeste Unterbringung für die Geflüchteten aus dem im Dezember abgebrannten Lager Lipa in Bosnien-Herzegowina. Die Menschen, die in Europa Schutz suchen, dürfen nicht ihrem Schicksal überlassen werden. Ihnen

müssen winterfeste Unterkünfte, adäquate Hygienezustände und Ernährung sowie ein unbeschränkter Zugang zu medizinischer Versorgung gewährt werden. Besonders schutzbedürftige Menschen, insbesondere Minderjährige, Familien und Alleinreisende mit Kindern müssen identifiziert und evakuiert werden. Europa muss seiner humanitären Verantwortung nachkommen und diesen Menschen vor Ort helfen oder sie in andere EU-Staaten verteilen. Den Menschen muss ein sicherer Aufenthaltsort zur Durchführung ihres Asylverfahrens gewährt werden.

Die Zurückweisungen Schutzsuchender auf dem Meer und an den Landgrenzen durch die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache Frontex - so genannte Push-Backs - sind illegal und stellen Menschenrechtsverletzungen nach der Genfer Flüchtlingskonvention dar. Diese Praxis ist auf das Schärfste zu verurteilen. Sie muss sofort eingestellt werden. Die Beteiligung von Frontex daran muss aufgearbeitet werden.

Zahlreiche Kommunen in Schleswig-Holstein haben ihre Bereitschaft erklärt als „Sichere Häfen“ zusätzliche Geflüchtete aus den Lagern an den Außengrenzen aufzunehmen. Dies muss ihnen endlich ermöglicht werden. Die Landesregierung muss diese Möglichkeit gegenüber dem Bundesinnenministerium einfordern.

Regina Poersch  
und Fraktion